



## FraktionsInfo

---

### SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow

Ausgabe September 2014

#### Inhalt:

Fraktion aktuell:	Abschied von der BVV	Seite 2
	Neue Homepage-Rubrik: Presseschau	Seite 2
	„Eines der spannendsten Themen dieser Gesellschaft“	Seite 3
Fraktion vor Ort:	Abseits der eigenen Pfade	Seite 4
25. BVV:	Initiativen der SPD-Fraktion	Seite 5

#### Pressemitteilungen:

„Terminzwang in den Bürgerämtern abschaffen“	Seite 10
„Besser informieren – Betreuungsgengpässe verhindern“	Seite 11

---

Herausgeber: SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow zu Berlin, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin. Email: spd-fraktion-pankow@berlin.de, Internet: www.spd-fraktion-pankow.de. Redaktion: Rona Tietje (ViSdP), Bertram Schwarz, die Sprecherinnen und Sprecher für die Politikfelder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Fraktion wieder. Redaktionsschluss: 30.09.2014, Erscheinungsdatum: 01.10.2014

**Fraktion aktuell****Abschied von der BVV**

Am Ende ging es noch einmal um ein Thema, das Klaus Mindrup in seinen 15 Jahren als Bezirksverordneter stets beschäftigt hat: Die Situation von Mieterinnen und Mietern in Pankow. Eine Große Anfrage zum aktuellen Umsetzungsstand der Gesobau-Rahmenvereinbarung war zugleich die Drucksache, mit der er sich von der Pankower BVV verabschiedete. Wie er es zuvor auch in einer persönlichen Erklärung in der Fraktion angekündigt, hat Klaus sein Mandat mit Ablauf des Monats September zurückgegeben.



Nachdem er seinen letzten Wortbeitrag zu einer kurzen Verabschiedung genutzt hatte, dankten ihm die nachfolgenden Redner der in der BVV vertretenen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit und hoben seinen engagierten Einsatz für den Bezirk Pankow hervor. Als Bezirksverordneter hat er über viele Jahre hinweg die Entwicklung der verschiedenen Ortsteile aktiv mitgestaltet. Nach dem er vor mittlerweile einem Jahr in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, sieht er nun den Zeitpunkt gekommen, Verantwortung weiterzugeben.

Auch in seiner neuen Funktion als Bundestagsabgeordneter wird er sich weiterhin für die Interessen der Pankowerinnen und Pankower einsetzen. Die SPD-Fraktion dankt Klaus für sein großes Engagement, wünscht ihm alles Gute und freut sich auf eine weiterhin enge Zusammenarbeit.

**Fraktion aktuell****Neue Homepage-Rubrik: Presseschau**

Ob durch Pressemitteilungen oder eigene Initiativen unserer Bezirksverordneten: Die Pankower SPD-Fraktion beteiligt sich aktiv an der öffentlichen Debatte im Bezirk und ist daher auch immer wieder Teil der medialen Berichterstattung. Deshalb gibt es auf der Internetseite der Fraktion ([www.spd-fraktion-pankow.de](http://www.spd-fraktion-pankow.de)) nun eine neue Rubrik, in der aktuell erschienene Artikel zusammengestellt sind und nachgelesen werden können.

Die „Presseschau“ vermittelt einen guten Überblick darüber, wie Initiativen und Aktivitäten unserer Bezirksverordneten außerhalb der Fraktionsräume wahrgenommen und diskutiert werden. Zugleich ist sie für uns Ansporn, sichtbar im Dialog zu bleiben.

**Fraktion aktuell****„Eines der spannendsten Themen dieser Gesellschaft“**

In regelmäßigen Abständen lädt die SPD-Fraktion Gäste ein, um mit ihnen über gesellschaftliche Themen zu diskutieren, die sonst oft im Strudel der Tagespolitik untergehen. Die Fraktionssitzung am 29.09.2014 widmete sich der Seniorenpolitik und dem Altwerden im Quartier. Dr. Birgit Hoppe, Doris Fiebig und Rainer-Michael Lehmann folgten als ReferentInnen der Einladung des seniorenpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Matthias Böttcher.

Dr. Birgit Hoppe, Direktorin der Stiftung SPI und seit mehr als 30 Jahren mit dem Thema des demographischen Wandels beschäftigt, betonte in ihrem Impulsreferat die Vielfalt des Alters. Daraus ergeben sich neue Freiheiten, zugleich aber auch ein Hilfebedarf für die Seniorinnen und Senioren. Dieser muss sozialraumorientiert organisiert werden. Das aktuelle Beispiel der Pankower Schutzräume für Menschen mit demenzieller Erkrankung ist hierbei ein Schritt in die richtige Richtung, wie bestehende Ressourcen sinnvoll verknüpft und weiterentwickelt werden können.

Rainer-Michael Lehmann, Mitglied der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, stellte die politischen Beteiligungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren in den Fokus. Neben einem Einblick in den derzeitigen Diskussionsstand um das Seniorenmitwirkungsgesetz kündigte er auch eine Fortschreibung der seniorenpolitischen Leitlinien an, die zuletzt im Jahr 2005 novelliert wurden.



Doris Fiebig, Vorsitzende der Pankower Seniorenvertretung, schilderte einerseits die Rolle der ehrenamtlichen Arbeit, nahm in ihrem Beitrag aber vor allem die Situation im gesamten Bezirk in den Blick. Die unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung in den einzelnen Quartieren führt hier zu teils völlig anderen Bedarfen an eine altersgerechte Infrastruktur.

Diese Herausforderung intelligent zu lösen und auf die Vielfalt des Alter(n)s einzugehen, gehört nicht nur in Pankow zu den größten politischen Aufgaben der kommenden Jahre. "Alter ist eines der spannendsten Themen dieser Gesellschaft", so Dr. Birgit Hoppe. Die SPD-Fraktion Pankow wird sich damit auch in Zukunft weiter beschäftigen.

## Fraktion vor Ort

### Abseits der eigenen Pfade

Am Samstag, den 30.08.2014, kam die Pankower SPD-Fraktion zu einer Klausurtagung zusammen, um Themen und Ziele für die zweite Hälfte der Wahlperiode abzustecken. Die Idee, sich dafür einmal abseits der eigenen Pfade zu bewegen, wurde dabei in zweierlei Hinsicht umgesetzt: Durch den Tagungsort, der die BVV-Fraktion zum StadtGut e.V. nach Blankenfelde führte. Und durch den methodischen Aufbau der Tagung, der von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Perspektivwechsel erforderte.



Das StadtGut Blankenfelde liegt am nördlichen Rand unseres Bezirks und wird von einer Gruppe ganz unterschiedlicher Menschen mit Leben gefüllt, die dort zusammen wohnen, arbeiten und sich in verschiedenster Form engagieren. Die Fraktion bekam durch eine Führung über das mehr als fünf Hektar große Gelände einen guten Eindruck davon, mit wie viel Leidenschaft dort in den vergangenen Jahren erhalten, instandgesetzt und ausgebaut

wurde. So ist neben Wohnungen und Gemeinschaftsräumen inzwischen eine Naturschule entstanden, demnächst soll eine Naturschutz- und Tourismusstation hinzukommen. Das StadtGut bietet damit nach wie vor viele Möglichkeiten der Mithilfe und des Engagements.

In dieser Atmosphäre waren die Fraktionsmitglieder aufgefordert, über den Tellerrand der eigenen Fachpolitik zu schauen und sich einmal Themen zu widmen, die außerhalb ihrer Ausschusszugehörigkeit liegen. Das Ziel dessen war es, hierdurch neue Ideen, Blickwinkel und Herangehensweisen für die Probleme im Bezirk zu entwickeln. In den Arbeitsgruppen Partizipation, Generationen, Infrastruktur und Wohlstand wurde zunächst



intern, dann im Plenum diskutiert und ausgewertet. Unter der Moderation des Landesvorsitzenden der AG Migration und Vielfalt, Aziz Bozkurt, wurden dadurch Ergebnisse erarbeitet, die eine ganze Reihe konkreter Ideen und vielversprechender Denkanstöße beinhalten. Diese gilt es für die Fraktion nun weiter zu verfolgen und in gute Politik für Pankow umzusetzen.

**BVV-Sitzung am 17.09.2014****Initiativen der SPD-Fraktion**

Am 17. September 2014 kam die BVV zu ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammen. Zu dieser 25. Tagung der laufenden VII. Wahlperiode hat die SPD-Fraktion folgende Anträge eingebracht:

**Große Anfrage: Rahmenvereinbarung mit der Gesobau über eine sozialverträgliche Durchführung von umfassenden Sanierungsvorhaben (Drs.-Nr. VII-0791)**

Das Bezirksamt wird um Auskunft zu folgenden Fragen gebeten:

1. Gibt es einen neuen Stand bezüglich des Abschlusses von Modernisierungsvereinbarungen mit den Mieterinnen und Mietern im Haus des Pilothauses Pestalozzistr. 4?
2. Wie beurteilt das Bezirksamt die Umsetzung des Rahmenvertrages mit der GESOBAU (Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum sozialverträglichen Ablauf geplanter Modernisierungen in Berlin Pankow)?

---

Am 11. Februar 2014 wurde nach langen und intensiven Verhandlungen unter Beteiligung von Vertretern der BVV sowie der Mieter und des Mietervereins der Rahmenvertrag mit der GESOBAU und der Mieterberatung Prenzlauer Berg abgeschlossen (Drucksache VII-0635). Angesichts der Bedeutung dieser Vereinbarung ist es sinnvoll, dass auch das Plenum der BVV sich mit dem aktuellen Sachstand befasst und eine umfassende Information durch das Bezirksamt erfolgt.

**Antrag: Bürgerdeputierte in Ausschüsse (Drs.-Nr. VII-0793)**

An allen durch die BVV Pankow entsprechend dem Beschluss über die Ausschussbildung für die VII. Wahlperiode gebildeten Ausschüssen (Drs VII-0026) sollen Bürgerdeputierte mitwirken, und zwar in folgender Zusammensetzung:

1. Ausschüsse mit 13 Sitzen setzen sich aus neun Bezirksverordneten und vier Bürgerdeputierten zusammen.
2. Ausschüsse (Drs VII-0026) mit 15 Sitzen setzen sich aus elf Bezirksverordneten und vier Bürgerdeputierten zusammen.
3. Für den Kinder- und Jugendhilfeausschuss und den Integrationsausschuss gelten die spezialgesetzlichen Regelungen.

---

Die BVV hat mit Beschluss über die Ausschussbildung für die VII. Wahlperiode in Ziff. 4 bestimmt, dass in allen Ausschüssen Bürgerdeputierte mitwirken sollen, wobei für den Kinder- und Jugendhilfeausschuss und den Integrationsausschuss gesetzlich definierte Regelungen greifen. Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 5 BezVG ist die Größe der übrigen Ausschüsse auf elf Bezirksverordnete begrenzt. Die Höchstzahl von elf Bezirksverordneten ist demnach auch dann einzuhalten, wenn weniger als vier Bürgerdeputierte hinzugewählt werden. In Ausschüssen mit insgesamt 13 Sitzen ist den Mehrheits- und Stärkeverhältnissen durch die Hinzuwahl von vier Bürgerdeputierten ebenso Rechnung zu tragen wie in Ausschüssen mit insgesamt 15 Sitzen, wie dies bereits Drs. VII-0026 Ziff. 4 indirekt festlegt.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

**Antrag: Bürgerfreundliche Verwaltung – Besuch des Bürgeramtes ohne Terminvereinbarung wieder ermöglichen (Drs.-Nr. VII-0795)**

Das Bezirksamt wird ersucht, ggf. in Abstimmung mit den anderen Bezirken, wieder die Möglichkeit zu schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger Dienstleistungen des Bürgeramtes auch ohne vorherige Terminvereinbarung in Anspruch nehmen können. Des weiteren sind die Modalitäten der Terminvergabe öffentlichkeitswirksamer zu publizieren.

Wie mittlerweile die meisten anderen Bürgerämter in Berlin, hat das Bürgeramt Pankow seit einiger Zeit seinen Service dahingehend umgestellt, dass Bürgerinnen und Bürger nur nach vorheriger Terminvergabe in die Sprechstunde kommen können. Dies ist insbesondere problematisch, wenn Dokumente schnell benötigt werden, da die Wartezeit auf einen Termin in der Regel mindestens drei Wochen, z. T. aber auch bis zu acht Wochen beträgt. Um in solchen Fällen im Bürgeramt kurzfristig bedient zu werden, muss die Dringlichkeit des Anliegens durch geeignete Dokumente nachgewiesen werden. Das versetzt die Betroffenen in eine unangenehme Rechtfertigungssituation und hat wenig mit einer bürgerfreundlichen Verwaltung zu tun.

Hinzu kommt, dass die Terminvergabe in erster Linie für Menschen gut funktioniert, die mit der Internetpräsenz der Berliner Verwaltung gut vertraut sind. Bei weniger internetaffinen Bürgerinnen und Bürgern fehlt häufig das Wissen um die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Terminvergabe. Deshalb sollte wieder die Möglichkeit eröffnet werden, ohne vorherige Terminvereinbarung in die Sprechstunde des Bürgeramtes zu kommen. Da die Möglichkeit von terminlosen Besuchen in Bürgerämtern in den Bezirken, wo sie noch möglich sind, auch von vielen Einwohnerinnen und Einwohnern anderer Bezirke in Anspruch genommen wird, erscheint eine berlinweite Abstimmung der Bürgerämter, zumindest aber eine Abstimmung mit den Nachbarbezirken sinnvoll, um unnötig lange Wartezeiten zu vermeiden. Die gefundenen Regelungen müssen den Bürgerinnen und Bürgern darüber hinaus so bekannt gemacht werden, dass sie eine breitere Öffentlichkeit erreichen als dies im Zuge der jüngsten Umstellung der Fall war. Dabei sind insbesondere die Informationsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern zu berücksichtigen, die keinen Zugang zum Internet haben oder mit dessen Umgang weniger versiert sind.

➔ Überwiesen in den Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien (federführend) sowie in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Bürgerdienste, Wohnen und GO.

**Antrag: Fußgängerquerung an der Straßenbahnhaltestelle Pankower Straße verbessern (Drs.-Nr. VII-0796)**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Querungsmöglichkeiten für Fußgänger an der Pasewalker Straße auf Höhe der Straßenbahnhaltestelle Pankower Straße zu verbessern.

---

An der genannten Stelle überqueren verhältnismäßig viele Fußgänger, unter anderem Schulkinder aus dem angrenzenden Wohngebiet, die Pasewalker Straße, um die Straßenbahnhaltestelle Pankower Straße zu erreichen oder wieder zu verlassen. Hierbei kommt es häufig zu riskanten Situationen, zumal es keine reguläre Querungsmöglichkeit gibt und die angeordnete Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auf der Pasewalker Straße häufig nicht eingehalten wird. Daher wird das Bezirksamt ersucht, eine Verbesserung der Situation herbeizuführen.

 Überwiesen in den Ausschuss für Verkehr und öffentliche Ordnung.

**Antrag: Elterninformation bei Hortgutscheinen verbessern (Drs.-Nr. VII-0798)**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Information für Eltern bei der Beantragung der Gutscheine für die Hortbetreuung, insbesondere für Schulanfänger, in Abstimmung zwischen den Bereichen Schule und Jugend so zu verbessern, dass die Eltern die rechtlichen Vorschriften, insbesondere die Antragsfristen, kennen und dadurch vor Betreuungsbeginn die Bedarfsbescheide den Eltern zugestellt werden können.

Vielen Eltern fehlen die Informationen über die rechtlichen Vorschriften für die Beantragung für die ergänzende Förderung und Betreuung an Grundschulen und Förderzentren (Hort) und sie stellen daher allzu oft ihre Anträge verspätet erst im Juni oder im Juli eines Jahres. Allgemein sind die Anträge der Erziehungsberechtigten, die für ihr Kind eine ergänzende Förderung und Betreuung wünschen, bereits mit der Schulanmeldung zu stellen. Für einen Hortplatz muss vorher ein Bedarfsbescheid im Jugendamt beantragt werden (Hortgutschein). Ohne die Bedarfsanerkennung ist eine Betreuung des Kindes im Hort grundsätzlich nicht möglich. Die Bedarfsanerkennung wird nach ca. 8 Wochen den Eltern zugestellt. Wegen der verspäteten Anträge und der erforderlichen Bearbeitungszeit entsteht bei den Eltern der Eindruck, dass die Bedarfsanerkennung durch das Jugendamt nicht zeitnah erfolgt, weil zum Betreuungsbeginn noch kein Hortgutschein vorliegt. Die Beantragung muss deswegen rechtzeitig vor dem gewünschten Betreuungsbeginn erfolgen. Darauf sollen die Erziehungsberechtigten in gemeinsamer Abstimmung der zuständigen Bereiche Schule und Jugend frühzeitig und umfassend hingewiesen werden.

➔ Überwiesen in den Kinder- und Jugendhilfeausschuss (federführend) sowie in den Ausschuss für Schule und Sport.

**Pressemitteilung vom 17.09.2014****Terminzwang in den Bürgerämtern abschaffen!***Wartezeiten unzumutbar / Wiedereinführung spontaner Termine in allen Bezirken*

Seit einiger Zeit ist der Besuch eines Bürgeramts in fast allen Berliner Bezirken nur noch nach vorheriger Terminvergabe möglich. Die Wartezeiten für einen solchen Termin liegen im Mittel bei etwa fünf Wochen, zum Teil muss sogar bis zu acht Wochen gewartet werden. Dies ist insbesondere bei dringlichen Angelegenheiten nicht zumutbar und führt seit Einführung dieser Praxis zu großem Unmut und Unverständnis in der Bevölkerung.

In der heutigen Sitzung der BVV Pankow fordert die SPD-Fraktion das Bezirksamt deshalb dazu auf, die Sprechstunden der Bürgerämter wieder für spontane Besuche zu öffnen. „Die jetzige Praxis widerspricht unserem Verständnis von einer bürgerfreundlichen Verwaltung“, stellt die SPD-Fraktionsvorsitzende Rona Tietje klar. „Es muss möglich sein, auch kurzfristige Anliegen in den Bürgerämtern klären zu können.“ Sie macht allerdings auch darauf aufmerksam, dass eine alleinige Wiedereinführung spontaner Besuche in den Pankower Ämtern einen Ansturm aus den Nachbarbezirken nach sich ziehen könnte, der die ohnehin angespannte Situation in den Ämtern weiter verschärfen könnte. „Deshalb müssen die Berliner Bezirke hier zu einer gemeinsamen Lösung kommen, um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.“ Auch die Kommunikation des Bezirks im Zuge der Umstellung kritisiert der SPD-Antrag. So wird weiter gefordert, die Modalitäten der Terminvergabe so zu publizieren, dass sie eine breitere Öffentlichkeit erreichen als dies zuletzt der Fall war.

**Pressemitteilung vom 17.09.2014****Besser informieren – Betreuungsengpässe verhindern**

*SPD-Fraktion Pankow fordert, die rechtlichen Vorschriften für die rechtzeitige Beantragung von Hortgutscheinen transparenter zu machen*

Wer seine Kinder mit Schulbeginn in einem Hort betreuen lassen möchte, muss zuvor einen entsprechenden Bedarfsbescheid beim zuständigen Jugendamt beantragen. Da die Bearbeitungszeit der Anträge rund acht Wochen beträgt, eine Hortbetreuung der Kinder an Grundschulen und Förderzentren ohne diese sogenannten Hortgutscheine aber grundsätzlich nicht möglich ist, kommen viele Eltern und Hortträger in die schwierige Situation, den Beginn der Schulzeit ohne Hortgutschein für die Betreuung ihrer Kinder überbrücken zu müssen.

Um dies zu vermeiden, ist eine bessere Information durch die Bereiche Jugend und Schule des Bezirksamts nötig. Sie sollen Eltern auf die rechtlichen Vorschriften, insbesondere bestehende Antragsfristen und Bearbeitungszeiten, hinweisen. Genau dies fordert ein Antrag der Pankower SPD-Fraktion zur heutigen Sitzung der BVV. Thomas Bohla, kinder- und jugendpolitischer Sprecher, rät: „Eltern sollen den Betreuungsantrag für ihre Kinder eigentlich bereits mit der Schulanmeldung stellen, in Ausnahmen spätestens 2 Monate vor Betreuungsbeginn. Nur so ist sichergestellt, dass das Jugendamt den Hortgutschein rechtzeitig verschickt und keine Engpässe entstehen.“ Doch nur wer dies weiß, kann sich auch auf eine Hortbetreuung seiner Kinder verlassen. Eine frühzeitige und umfassende Information der Eltern hilft deshalb, dies zu gewährleisten.